

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

24. JUNI 2000  FDP Schweiz zu Gast in Solothurn

Auf Ouverture folgt der 1. Satz

Vor genau einem Jahr haben die Frauen in der FDP an der «Ouverture» in Luzern ihren Wahlkampf eröffnet. Gleichzeitig lancierten sie eine Resolution zur Grundschule. Die Forderungen werden nun konkretisiert.

GUS. Die FDP Schweiz hat in der Folge die Resolution der Frauen aufgenommen und Ende August 1999 die Petition «für eine kinder- und elterngerechte Grundschule» lanciert. Sie fordert im Wesentlichen, dass:

- a) die Realisierung und der Betrieb von privaten, halbprivaten oder öffentlichen freiwilligen Tagesschulen von Bund

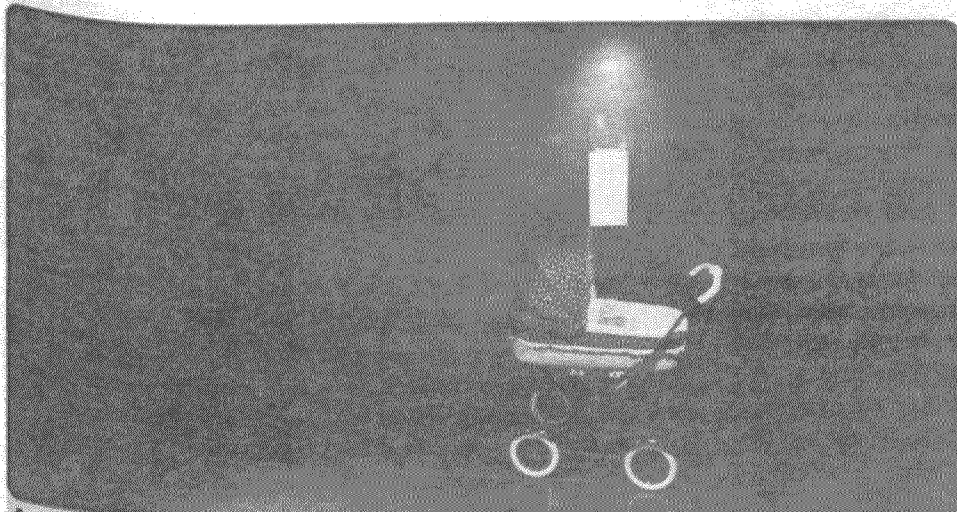
und Kantonen unterstützt und steuerlich begünstigt werden;

- b) Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten von den Steuern abgezogen werden können;
- c) die grundlegenden Unterrichtsziele und die Übertrittsbedingungen der obligatorischen Volksschule zwischen den Kantonen harmonisiert werden;
- d) der Unterricht einer zweiten Landessprache von der Grundschule an vorrangig erfolgt;
- e) die fakultative Einführung ins Englische in der Grundschule beginnt;
- f) der Beginn der Grundschule im 5. Altersjahr festgelegt wird.

Die Forderungen zur eigentlichen Bildungspolitik sind an der ordentlichen Delegiertenversammlung in Pfäffikon im April konkret diskutiert und verabschiedet worden. Die diesjährige Sommertagung am Samstag, 24. Juni 2000, in Solothurn soll insbesondere die gesellschaftspolitischen Forderungen der Petition konkretisieren und Ideen zusammentragen, wie solche Tagesstrukturen zu finanziell tragbaren Bedingungen möglich sind.

Alle freisinnigen Männer und Frauen sind herzlich nach Solothurn eingeladen.

Das detaillierte Programm und den Anmeldekalender finden Sie in diesem «Freisinn» auf den Seiten 10 und 11.



An der Veranstaltung «Allegro» ist für Kinderbetreuung gesorgt. Wie gestalten wir die Tagesstrukturen, damit ein genügendes Angebot von Tagesstrukturen für junge Familien auch im Alltag entsteht? (Bild ruti)

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Kommentare zum Abstimmungsergebnis Bilaterale ab Seite 5
- Die Swisscom-Offensive der FDP ab Seite 7
- Die Sommeruniversität 2000 Seite 9
- Interessante Stellenangebote Seite 14



Steuererhöhungen drohen! Jetzt Steuerstoppinitiative unterschreiben

Seit rund neun Monaten sammelt die FDP Unterschriften für die Steuerstoppinitiative. Sie verlangt ein Moratorium für neue Steuern, Abgaben und Gebühren für mindestens sieben Jahre.

Wie aktuell unser Anliegen ist, zeigen die Energievorlagen, welche im September zur Abstimmung kommen und – in zwei Fällen – neue Steuern ohne Kompensation vorsehen! Der Steuerstopp ist also noch keineswegs verwirklicht!

Unterschreiben auch Sie. Füllen Sie dazu den auf Seite 20 aufgedruckten Unterschriftenbogen ganz oder auch mit nur einem Namen aus, stecken Sie die abgetrennte Seite in ein Couvert und senden Sie dieses an die angegebene Adresse.

➔ Seite 20

10565
Franz Georg Mater
DfM, Schw.Landesbibl.
Haltwyjstrasse 15
3003 Bern
Präsident: Marianne
031 320 35 00

GEN-LEX ◊ Im Vorfeld der Beratungen

Keine Verbote durch die Hintertür – Moratorium ist Verbot auf Zeit

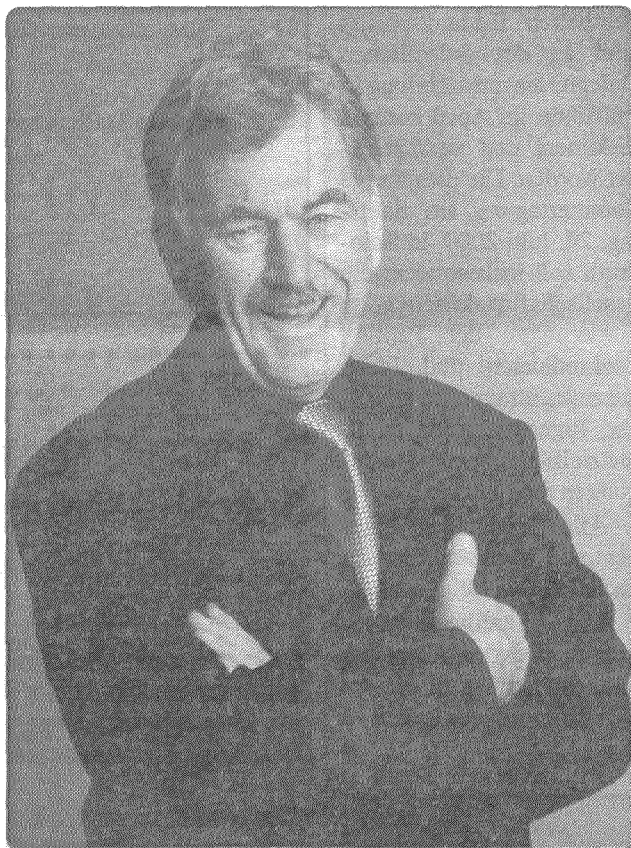
Die Schweiz verfolgt im Bereich der Gentechnik bis anhin eine konsequente Politik der Vorsorge und der Vorsicht. Bei Anträgen für Feldversuche mit genetisch veränderten Pflanzen und Organismen pflegt das zuständige Bundesamt auf der Grundlage der im November 1999 in Kraft gesetzten Freisetzungsverordnung schon jetzt eine äusserst zurückhaltende Bewilligungspraxis. Bis heute ist keine einzige Bewilligung für die Anpflanzung gentechnisch veränderter Pflanzen gestützt auf diese Verordnung erteilt worden.

VON FDP-NATIONALRAT
JOHANNES R. RANDEGGER,
BETTINGEN (BS)

Die Einführung eines generellen Verbots auf Zeit (Moratorium) für Feldversuche durch die Hintertür, wie dies von den Initianten der abgelehnten Genschutz-Initiative nun im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen der Gen-Lex versucht wird, entspricht in keiner Weise dem Willen und dem Auftrag des Gesetzgebers. Mit der Ablehnung der Genschutz-Initiative hat sich der Souverän unmissverständlich und mit grosser Mehrheit für eine kontrollierte Anwendung der Gentechnik und gegen pauschale Verbote und Moratorien ausgesprochen. Der Bundesrat wurde in der Folge vom Parlament mit der Gen-Lex-Motion beauftragt, die gesamte Gesetzgebung auf Lücken, Mängel und Anpassungsbedürfnisse zu überprüfen und Lücken möglichst rasch zu schliessen.

Moratorium ist ein Verbot auf Zeit

Feldversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen sind für die Forschung an unseren landwirtschaftlichen Versuchsanstalten von grosser Bedeutung. Dabei werden vorrangig und vor



FDP-Nationalrat Johannes Randegger: «Die Bevölkerung spricht sich eindeutig für Wahlfreiheit, kontrollierte Anwendung und gegen Verbote aus.» (Bild senn & stahl)

allem auch zeitgerecht Sicherheitsaspekte untersucht. Ein Moratorium, ein Verbot auf Zeit für Feldversuche, würde die jetzt notwendige Risikoforschung für mehrere Jahre verhindern und der gleichzeitig geforderten Sicherheit im Blick auf das Umfeld und auf die zukünftige Entwicklung der Gentechnik einen Bären dienst erweisen.

Ein generelles Verbot oder Moratorium ist nach Meinung des bundesrätlichen Rechtsexperten Professor Rainer Schweizer verfassungsrechtlich ohnehin nicht möglich. Die als Varianten ins Gespräch gebrachten Moratorien für bestimmte landwirtschaftliche Anwendungen oder Forschungen sind unzweckmässig und überflüssig. Der

von allen geforderten Sicherheit wird durch die zurückhaltende und vorsichtige Bewilligungspraxis Rechnung getragen.

Bundesrat und Bevölkerung sind gegen generelle Verbote

Der Bundesrat hat sich deshalb gegen ein generelles Verbot und auch gegen ein Moratorium ausgesprochen. Mit der Gen-Lex-Botschaft werden für Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung klare Leitplanken und Schranken gesetzt. Diese gewährleisten ein Nebeneinander traditioneller und innovativer Landwirtschaft. Mögliche Chancen der Gentechnik können damit auch für die Schweiz offengehalten werden. Dies entspricht der Haltung der Bevölkerung, die sich laut einer repräsentativen GfS-Befragung mit 80% auch ein Jahr nach der Volksabstimmung eindeutig für Wahlfreiheit, kontrollierte Anwendung und gegen Verbote ausgesprochen hat.

Ein gesetzliches Moratorium, das nun durch die Hintertür eingebracht werden soll, ist nicht nur überflüssig, sondern auch gefährlich. Nur zwei Jahre nach der Abstimmung über die Genschutz-Initiative, welche ein klares Signal zugunsten der Forschung war, zu einem Zeitpunkt, wo alle Daten zeigen, dass die Schweiz heute von Investoren als einer der attraktivsten Standorte für biotechnische Investitionen in Europa angesehen wird, würde die Schweiz ein eindeutig negatives Signal aussenden; eine Absage an die

ZUM THEMA

Ein Moratorium, ein Verbot auf Zeit für Feldversuche, würde die jetzt notwendige Risikoforschung für mehrere Jahre verhindern und der gleichzeitig geforderten Sicherheit im Blick auf das Umfeld und auf die zukünftige Entwicklung der Gentechnik einen Bären dienst erweisen.

Mit der Gen-Lex-Botschaft werden für Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung klare Leitplanken und Schranken gesetzt.

Ein gesetzliches Moratorium, das nun durch die Hintertür eingebracht werden soll, ist nicht nur überflüssig, sondern auch gefährlich.

Kohärenz, welche bisher die Linie des Bundesrates in dieser Frage ausgezeichnet hat und eine Absage an die Linie, welche bisher auch im Parlament mehrheitlich konsequent vertreten wurde. Ein derart negatives Signal hätte Auswirkungen nicht nur auf die landwirtschaftliche Forschung, sondern vor allem auch auf unsere kleineren und mittleren Firmen, die sich erfolgreich im biomedizinischen Bereich etabliert haben. Die erfreuliche Aufbruchstimmung an den in der Biologie tätigen Instituten unserer Hochschulen würde gebremst, ja in Frage gestellt.

VORSTELLUNG ◉ Wer sind die neuen Parlamentarier?

Who's who? – Teil 6

Paul Kurrus

Geburtsdatum: 2. Juli 1947

Bürgerort: Basel

Zivilstand: verheiratet

Kinder: 2 eigene (22, 17), 4 Stiefkinder (14, 16, 20, 22), 1 Pflege-sohn (13)

Konfession: katholisch

Militär: Oberleutnant, Einsatzoffizier Fliegereinsatzgruppe 34

Hobbys: Alpinismus, Velo, Musik, Langstreckenlauf

Ausbildung

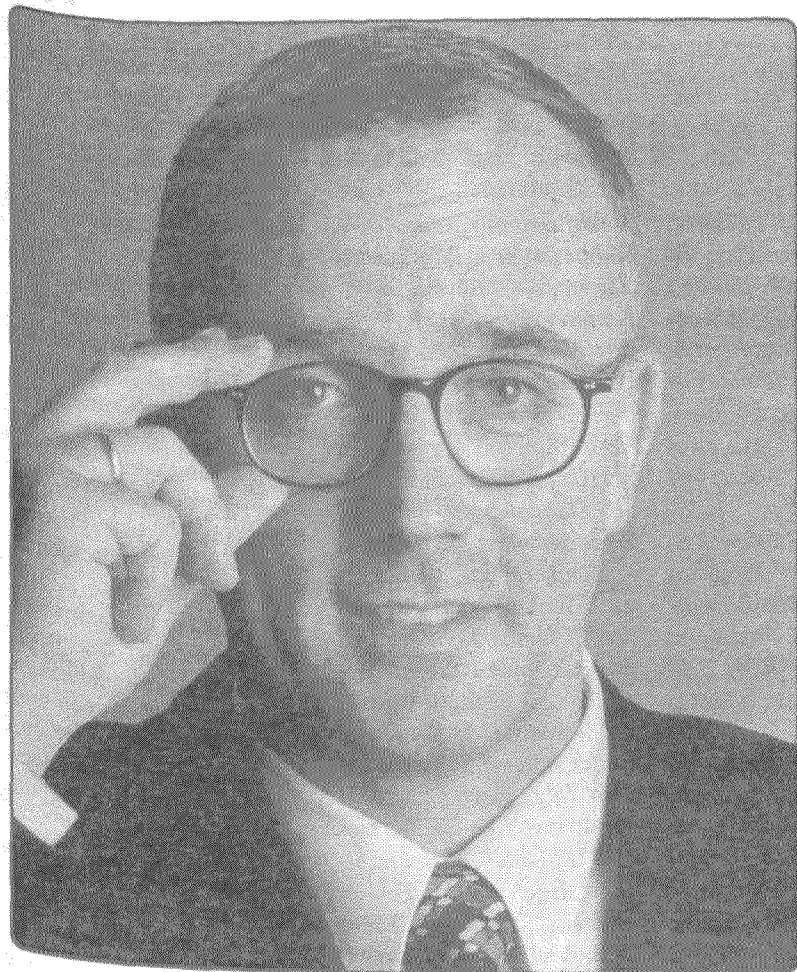
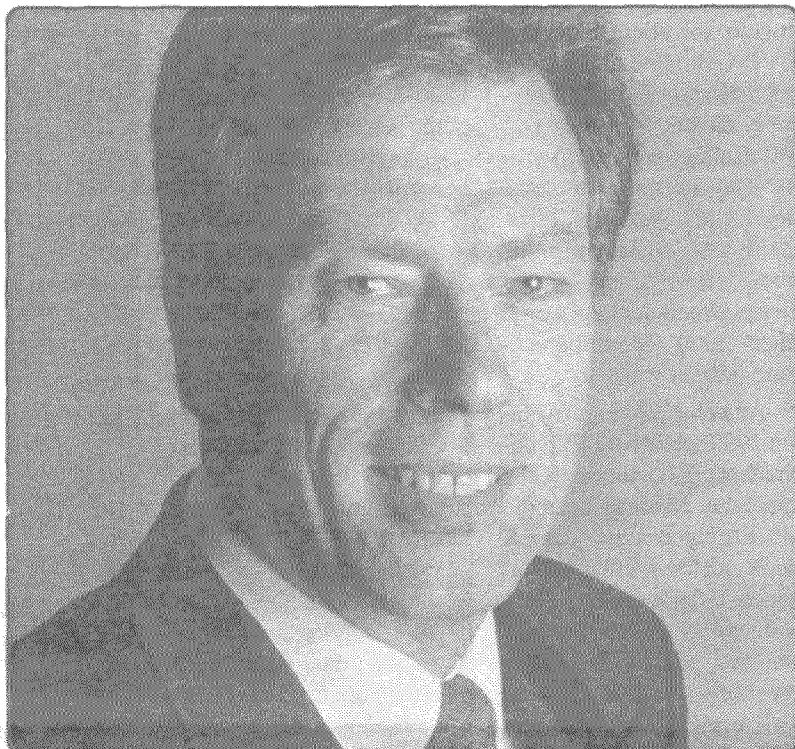
- Grundschulen, Gewerbeschule
- Fähigkeitszeugnis Elektromonteur
- Linienpilotenlizenz
- Fluglehrerlizenz
- Experte und Sachverständiger des BA für Zivilluftfahrt
- Flugkapitän, Mitglied GS Crossair
- Ressorts Ausbildung und Umwelt

Partei

- Mitglied der FDP Sektion Reinach
- Mitglied Ausschuss für Verkehrspolitik FDP CH

Organisationen/Verbände/Institutionen

- Vorstand Aerosuisse
- Mitglied Büro für Flugunfalluntersuchungen
- Eidg. Luftfahrtkommission
- Fluglärmkommission Basel-Stadt
- ICC, Commission on Air Transport
- Sous-Prefecture Mulhouse
- Swissair Arbeitsgruppe Umwelt
- Swisscontrol
- Transportamt BA für wirtschaftliche Landesvorsorge, Stv. Sektionschef
- Förderverein Science- und Technologie-Center Freiburg e. V.
- Stiftung Schweizer Jugend forscht



Charles Favre

Date de naissance: 18 août 1957

Commune d'origine: Saint-Barthélemy

Etat-civil: marié

Enfants: 3 (84, 86, 87)

Konfession: catholique

Militaire: Appointé

Hobbies: lecture, voyages, photographie

Carrière professionnelle

- Ecoles primaires et secondaires à Echallens
- Gymnase au CESSNOV à Yverdon-les-Bains
- Université de Lausanne – Faculté de médecine
- Stages post-universitaires dans divers hôpitaux de la Suisse romande (1983–1987)
- Diplôme fédéral de Médecin en 1983
- Médecin généraliste (1987–1994)

Activité actuelle

- Conseiller d'Etat
- Chef du Département des finances du Canton de Vaud

Carrière politique

- 1985–1994 Conseiller communal
- 1990–1994 Député au Grand Conseil
- Depuis 1994 Conseiller d'Etat

Fonction de charges au sein du parti

- 1993–1994 Vice-président du Parti radical vaudois section Broye-Gros-de-Vaud

Organisations/Institutions d'importance cantonale et fédérale

Membre du Conseil d'administration:

- Lausanne – Echallens – Bercher
- Communauté de travail des Alpes occidentales (COTRAO)
- Communauté de travail du Jura (CTI) – membre du comité
- Fondation vaudoise pour la promotion et la création artistique
- Conseil pour le développement économique du Canton de Vaud
- Conseil du Centre d'éducation permanente

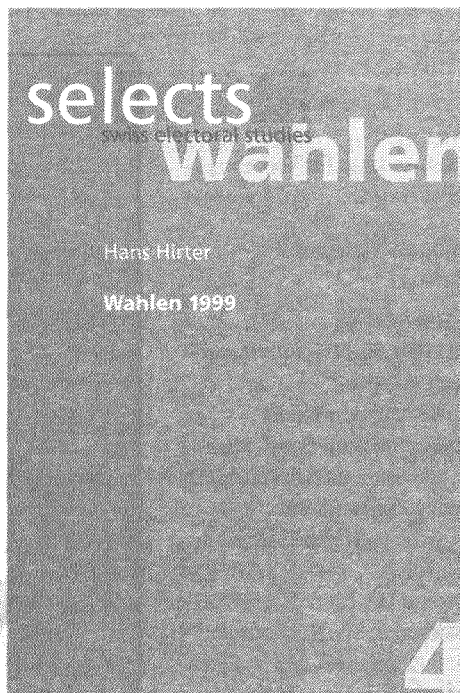
«Selects»-Studie zum Wahlergebnis 1999

Weniger Gebildete mit mittlerem Einkommen bevorzugten vor allem SVP und CVP. Gebildete und Reiche eher SP und FDP. Dies ergibt die neue «Selects»-Wahlstudie der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich. Für die vom Nationalfonds finanzierte Untersuchung waren über 2000 Stimmberechtigte befragt worden.

An den Nationalratswahlen 1999 schnitt die SVP besonders gut bei jenen ab, die vier Jahre zuvor nicht an die Urne gingen oder damals noch nicht wahlberechtigt waren: 28% der Neuwählenden gaben ihr die Stimme. Auch bei den Wechselwählern konnte die SVP am meisten Stimmen zulegen. So votierte jeder Achte, der 1995 noch die

FDP bevorzugt hatte und nun wieder wählen ging, für die SVP, und bei den ehemaligen CVP-Wählern war es jeder Zwölfte. Bei den Jüngeren kamen SP und SVP überdurchschnittlich gut an, bei den Älteren machte die SVP deutlich vorwärts, nicht aber die SP.

Klare Unterschiede zeigen sich im Wahlverhalten nach den Bildungs- und Einkommensgruppen: SVP und CVP waren bei Wählenden der unteren und mittleren Gruppen besonders stark, dagegen machten SP und FDP bei den oberen Gruppen rund doppelt so viele Stimmen wie die beiden anderen Bundesratsparteien. Die These, dass es der SVP gelungen sei, bei den oberen Einkommensgruppen zulasen der FDP massiv Stimmen zu holen, wurde in der



Studie nicht bestätigt. Gut ausgebildete und reiche Personen wechselten zudem nicht häufiger von der FDP

zur SVP als Wählende der anderen Einkommens- und Berufsgruppen.

«Selects» in zweiter Auflage

Die Daten der «Selects»-Studie stammen aus einer telefonischen Repräsentativumfrage von rund 2000 zufällig ausgewählten,

stimmberechtigten Schweizern und Schweizerinnen. Die Interviews wurden während der dreieinhalb

Wochen nach dem Urnengang vom Luzerner Link-Institut für Markt- und Sozialforschung realisiert. Unterstützt wurde die Studie vom Schweizerischen Nationalfonds, die eben erschienene, von Hans Hirter verfasste Broschüre mit den ersten Ergebnissen von der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften. «Selects» (Swiss Electoral Studies) ist ein gemeinsames Forschungsprojekt der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich und wird nach 1999 zum zweiten Mal durchgeführt.

Weitere Ergebnisse enthält die soeben erschienene Broschüre «selects: Wahlen 1999. Zusammensetzung und politische Orientierung der Wählerschaft bei den eidgenössischen Wahlen 1999» (Fr. 25.-). Sie kann bestellt werden beim

Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern, Lerchenweg 36, 3000 Bern 9. Tel. 031/631 83 31, Fax 031/631 85 90, E-Mail: georg.lutz@ipw.unibe.ch

Hat Föderalismus eine Chance?

«Föderalismus in Bewegung – wohin steuert Helvetia?». Unter diesem Titel nimmt eine ganze Reihe bekannter und namhafter Autorinnen und Autoren Stellung zur aktuellen Föderalismus-Frage. Gregory

Neugebauer als Herausgeber hat ihre Beiträge zu einem Buch vereinigt, das die Diskussion über die Zukunft des schweizerischen Föderalismus massgeblich beeinflussen wird.

Remigio Ratti: Die Globalisierung und die politische Kleinräumigkeit. *Roland Fischer:* Spannungsfelder zwischen politischen und wirtschaftlichen Regionen. *Ruedi Hertach:* Napoleons Kanton Linth heute: Wirtschaftsraum ohne politische Einheit. *Martin Schuler:* Gebietsreformen in europäischen Ländern. Ein historischer Überblick. *Brigitte Mürner-Gilli:* Die Zeit ist reif für einen Kanton Zentralschweiz. *Hans-Martin*

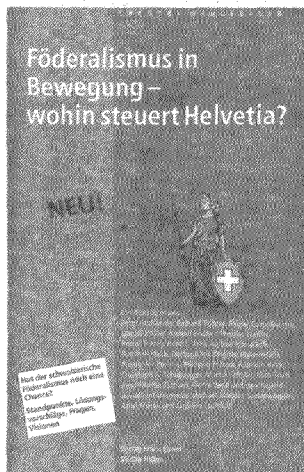
Tschudi: Der Kanton Nordwestschweiz. Eine Vision mit Zukunft. *Andrea Hämmerle:* Eine Ideenskizze: Der Kanton «Alpen». *Philippe Pidoux:* Für eine «Région Lémanique» – oder wie lassen sich zwei konkurrierende Kantone vereinigen? *Peter Abplanalp,* *Richard Bühler,* *Daniel Escher:* Die Grossregionalisierung der Fachhochschulen – eine erste Einschätzung. *René L. Frey:* Wichtigste Föderalismusreformen: Neue Kantonsabgrenzungen und Neuer Finanzausgleich. *Walter Kägi:* Gefragt ist eine echte Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften. *Pierre Weill:* Steuerwettbewerb versus

Steuerharmonisierung – Kooperation à la carte als Alternative. *Christoph A. Schaltegger:* Zur Sympathie der Ökonomen für dezentrale Lösungen. *Alexander Pereira:* Es bedarf der Vermittlung zwischen Staat und Wirtschaft. *Reiner Eichenberger,* *Bruno S. Frey:* Schweiz der Zukunft – Schweiz der demokratisch-funktionalen Regionen. *Thomas Fleiner:* Der Föderalismus muss flexibler und weniger territorial werden. *Otto Stich:* Befindet sich die Schweiz auf dem Weg, einen Scheinföderalismus zu zementieren? *Michael Blättler,* *Simone Egger,* *Athit Forrer,* *Andreas Tschöpe:* Mehr Demokratie und Solidarität

statt ein Übermass an Föderalismus.

Der schweizerische Föderalismus war lange Zeit ein Tabu. Heute wird er immer stärker diskutiert und auch in seinen Grundzügen in Frage gestellt. Die Annäherung der Schweiz an Europa, Steuer-Harmonisierung, Neuer Finanzausgleich, Schulprobleme, Gesundheitspolitik, die überbordenden Zentrumsleistungen der grossen Städte, reformbedürftige politische Institutionen und die Auswirkungen von Globalisierung und digitalem Zeitalter rufen dringend nach neuen Lösungen.

«Föderalismus in Bewegung – wohin steuert Helvetia?». Verlag Franz Ebner, Zürich 2000. ISBN 3-7193-1202-X. Vertrieb: Verlag Huber, Frauenfeld.



21. MAI  Abstimmungsergebnis

Klares Ja zu den Bilateralen ist Niederlage für Miesmacher

Die FDP ist erfreut über die deutliche Zustimmung des Schweizervolkes zu den bilateralen Abkommen. Die unglaubliche gegnerische Vermischungskampagne hat kaum verfangen. Mit dem Erfolg haben jene Kräfte einen Sieg errungen, welche nach dem EWR-Nein den Weg der bilateralen Verhandlungen konsequent, gradlinig und pragmatisch verfolgt haben. Die FDP fordert den Bundesrat auf, die Vorarbeiten für die im Abkommen vorgesehene zweite bilaterale Verhandlungsrunde an die Hand zu nehmen. Damit müssen insbesondere die gemeinsamen Probleme im Asylbereich, im Bereich der inneren Sicherheit und der verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte gelöst werden.

GUS. Grosserfolg für die Schweizer Politik und die Schweizer Wirtschaft: Das deutliche Ja des Schweizervolkes zu den bilateralen Verträgen bringt die Schweiz bei der Normalisierung ihrer Beziehungen zu den europäischen Nachbarn einen Schritt weiter. Die sieben Abkommen sind für den Wirtschaftsstandort Schweiz von enormer Bedeutung. Das Schweizer Volk hat Ja gesagt zu den bilateralen Abkommen und zu nichts anderem. Zuerst muss die Schweiz Erfahrungen sammeln mit den Auswirkungen dieser Verträge. Eine seriöse Lagebeurteilung weiterer integrationspolitischer Optionen wird damit erst in einigen Jahren möglich sein. Die FDP fordert den Bundesrat aber auf, die Vorarbeiten für die im aktuellen Abkommen bereits vorgesehene zweite Tranche bilateraler Verhandlungen an die Hand zu nehmen. Diese Verhandlungen müssen insbesondere zum Ziel haben, dass die Schweiz nicht zum Ersatzasylland Europas wird

(Dublin), dass die gemeinsamen Probleme der inneren Sicherheit in Europa (Schengen) gelöst werden und dass das Dossier verarbeitete Landwirtschaftsprodukte erfolgreich ausgehandelt wird.

Zwei von drei Schweizerinnen und Schweizern stimmten den Abkommen zu. Dieses Ergebnis ist ein deutlicher Sieg all jener, welche nach dem EWR-Nein den bilateralen Weg mit aller Konsequenz gegangen sind und mit der Neat und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) auch bereit waren, dafür einen Preis zu bezahlen. Das Abstimmungsergebnis ist eine ebenso deutliche Niederlage für jene Kräfte, welche wirtschaftsfeindliche Miesmacherei der Verträge betrieben oder sich um eine klare Haltung herumdrückten. Einmal mehr konnten die oppositionell auftretenden Teile der SVP – immerhin 14 Kantonalparteien – das Volk nicht überzeugen. ■



Auch sein Erfolg am 21. Mai 2000: Der Chefunterhändler der bilateralen Abkommen auf Schweizer Seite, der heutige IKRK-Präsident Jakob Kellenberger. (Bild ruti)

Bürgerliche Priorität durchgesetzt

Die 12 Prioritäten der FDP für die bürgerliche Erneuerung der Schweiz sehen unter dem Punkt 4. Aussenwirtschaftspolitik folgendes vor:

Durchsetzung der bilateralen Verträge:

Die FDP kämpft für die bilateralen Verträge auch in der Volksabstimmung. Von den besseren Handelsbedingungen – auch im Rahmen der WTO und der EFTA – wird ein markanter Anstieg der Exporte um mindestens zwanzig Prozent bis 2003 erwartet. Die Schweiz setzt sich für eine WTO ein, die sich an ihrer Aufgabe als Handelsorganisation orientiert. Handel findet aber nicht im luftleeren Raum, son-

dern zwischen Staaten mit unterschiedlichen Umweltschutz-, Menschenrechts- und Sozialpolitiken statt. Diesem Hintergrund soll angemessen Rechnung getragen werden. Die WTO ist aber weder geeignet noch legitimiert, umstrittene Standards in diesen Bereichen festzulegen.

Bürgerliches Ziel: Gewinnen der Abstimmung über die bilateralen Verträge.

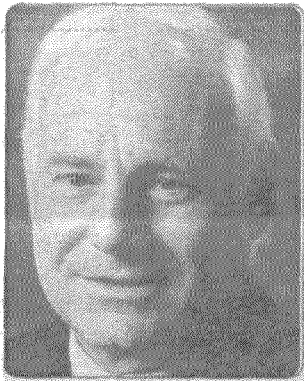
Am 21. Mai 2000 wurde damit das erste der 12 Ziele erreicht. Bei 11 weiteren Zielen arbeitet die FDP an der Zielerreichung bis 2003.

NACH DEN BILATERALEN  Wege der Europapolitik

Subito-Politik der Euro-Turbos

Dass die Initiative «Ja zu Europa», die vom Bundesrat eine unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU verlangt, vom Parlament abgelehnt würde, schien bis zur Sitzung der nationalrätlichen Kommission klar, da mit dieser Forderung eine Einmischung des Parlamentes in die Kompetenz des Bundesrates erfolgt. Mit dem überraschenden, wenn auch vor allem taktisch bedingten Ja hat nun die Mehrheit der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates jegliche Hemmung fallen gelassen und zudem den ohnehin schon beitriffreudigen Gegenvorschlag des Bundesrates durch Einfügung der Frist bis Ende 2003 für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen noch verschärft.

VON FDP-NATIONALRAT
ULRICH FISCHER,
SEENGEN (AG)



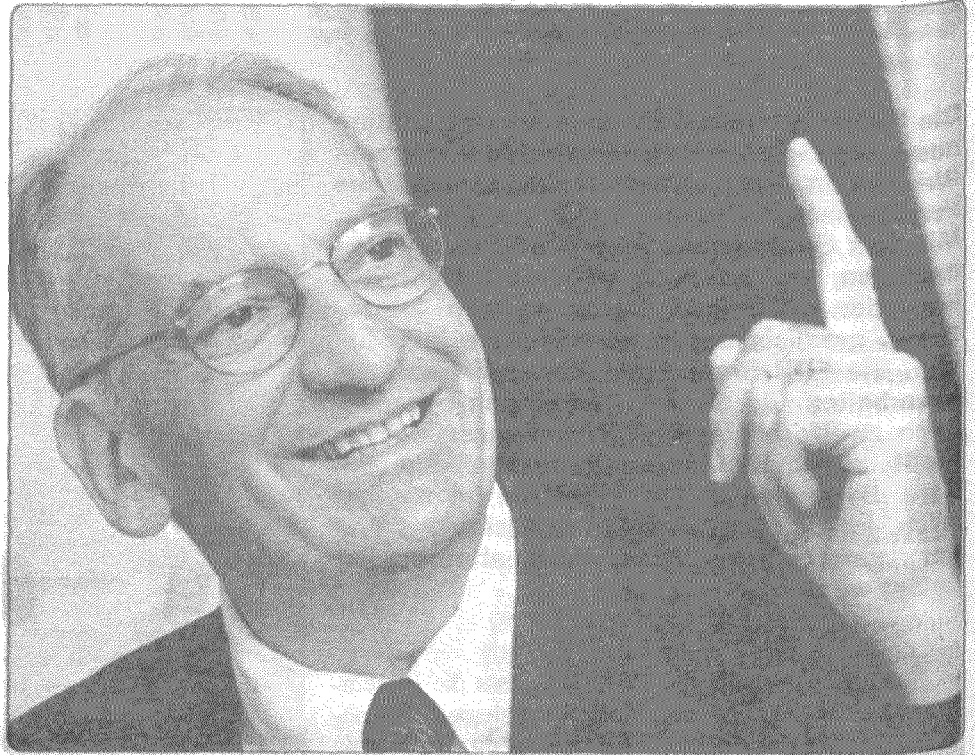
Ulrich Fischer

Sie hat damit die Sache gewissermassen doppelt genäht, in der Hoffnung, die Initiative dank einem griffigen Gegenvorschlag zurückzuziehen und damit eine klar absehbare deutliche Abstimmungsniederlage vermeiden zu können. Der Verlust der Glaubwürdigkeit des Parlamentes im Volk nach den Aussagen im Vorfeld der Abstimmung vom vergangenen Sonntag kümmert die Euro-Turbos offensichtlich nicht.

Vor Tische las man's anders

Mit Nachdruck ist der Stimmbürgerschaft im Vor-

feld der Abstimmung über die bilateralen Verträge – die glücklicherweise angenommen worden sind – eingehämmert worden, dass deren Annahme keinerlei Präjudiz für die weiteren Integrationsschritte der Schweiz darstelle; alle denkbaren Optionen blieben damit offen. Für das zukünftige Verhältnis der Schweiz zur EU sei es deshalb möglich, sich mit den bilateralen Verträgen zu begnügen, den Versuch eines Abschlusses weiterer bilateralen Verträge zu unternehmen, den Beitritt zum EWR vorzusehen oder Verhandlungen zur EU-Mitgliedschaft aufzunehmen. Mit seinem Gegenvorschlag hält sich nun schon der Bundesrat nicht an diese Vorgabe. Vielmehr bezieht er



FDP-Bundesrat Pascal Couchepin wies bereits am Abstimmungssonntag darauf hin, dass das Ja der Schweizerinnen und Schweizer zu den Bilateralen nur als Ja zu den Bilateralen zu interpretieren sei und als nichts anderes. (Bild ruti.ch)

sich zu erklären, «der Bundesrat bereitete Beitrittsverhandlungen (zur EU) vor». Obwohl er wenigstens keinen konkreten Zeitpunkt für die Reaktivierung des zur Unzeit deponierten Beitrittsgesuchs nennt, konzentriert er sich auf den EU-Beitritt und schliesst damit alle übrigen weniger weit gehenden Integrations-schritte aus, denn ein Bundesbeschluss ist ein verbindlicher Auftrag an die Regierung und nicht nur eine unverbindliche Resolution. In der Annahme, die Beschlüsse der nationalrätlichen Kommission würden im Plenum des Nationalrates stark in Frage gestellt und schon gar nicht die Gnade des Ständerates finden, geht es nun darum, mit einer Änderung des bundesrätlichen Gegenvorschlages den Fächer zu öffnen und alle Optionen einer weite-

ren Annäherung an die EU zu ermöglichen. Dieses Vorgehen wäre umso mehr gerechtfertigt, als im Integrationsbericht 1999, der vom Parlament noch nicht behandelt ist, neben dem EU-Beitritt auch andere – wie es der Bundesrat nennt – «integrationspolitische Instrumente unterhalb der Beitrittsschwelle» beschrieben und zur Diskussion gestellt werden. Der entsprechende Antrag, der in der Beitritts-Euphorie der Kommissionsberatungen zwar keine Chance hatte, soll deshalb im Plenum des Nationalrates nochmals aufgenommen werden.

Alle Optionen offen lassen

Nur mit einer vorurteilslosen Evaluation aller sich bietenden Möglichkeiten lässt sich der für die Schweiz optimale nächste

Integrationsschritt wählen. Das geflügelte Wort der Leichtathletin Anita Weyermann «Gring ache u seckle» dürfte demgegenüber für unsere künftige Europapolitik kaum das richtige Rezept darstellen; die Erfahrung mit dem Beitritts-gesuch vom Mai 1992 hat dies zur Genüge bewiesen.

Ob Rasen, Blumen oder Bäume, Spross schafft neue Landschaftsräume. Er schneidet, säet und hegt und pflegt, dass Freude sich beim Kunden regt.

Über 100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition



Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

SWISSCOM ◉ Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen

Weichenstellung zur vollständigen Privatisierung

Die Pflicht zur Mehrheitsbeteiligung des Bundes hindert die Swisscom in ihrer Entwicklung. Wenn die Weichen nicht vollständig Richtung Privatisierung gestellt werden, wird es nur Verlierer geben: Dem Bund entgehen Milliardenbeträge, im Unternehmen werden mittelfristig Arbeitsplätze gefährdet, und die Schweiz verliert die Chance, ein leistungsfähiges, international kompetitives Unternehmen zu erhalten.

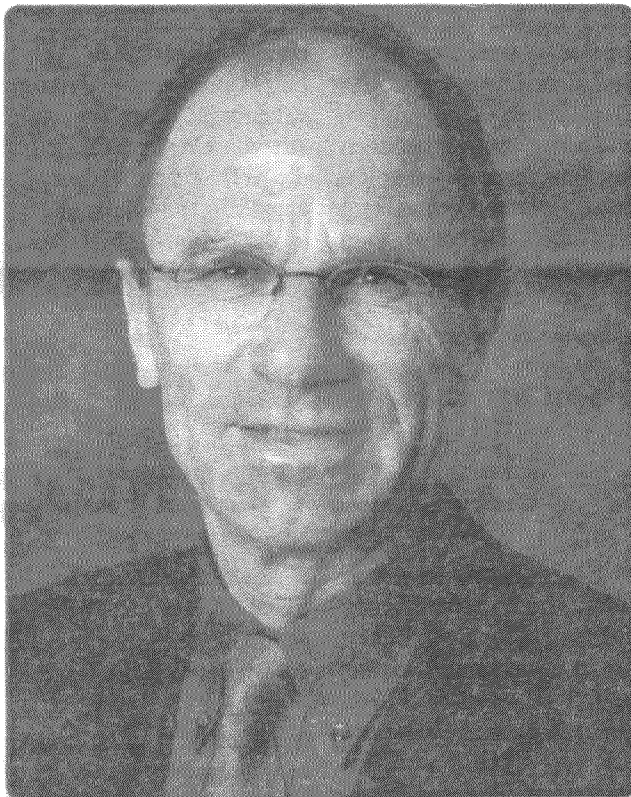
VON FDP-NATIONALRAT
DURI BEZZOLA,
SCUOL (GR)

Bundesrat und Parlament haben mit dem Erlass eines vollständig revidierten Fernmeldegesetzes die Leitplanken für die Entlassung der ehemaligen Telecom PTT in den liberalisierten Markt gesetzt, allerdings noch verbunden mit verschiedenen spezialgesetzlichen Auflagen. Dazu gehört die Pflicht des Bundes, die kapital- und stimmenmässige Mehrheit an der neu als «Swisscom AG» firmierenden Unternehmung zu halten.

Zukunftssichernde Optionen öffnen

Diese in Artikel 6 des TUG festgehaltene Klausel verbaut der Swisscom die Möglichkeit, sich rechtzeitig über geeignete Allianzen und allenfalls Partnerschaften mit Eigenkapital-Verknüpfungen die Existenz zu sichern. Der Bund als Hauptaktionär trägt seinerseits erhebliche Risiken mit, da sich die Telekommunikationsbranche dermassen rasch verändert, dass die im gleichen Artikel stipulierten Ziele, die der Bundesrat über jeweils 4

währten Zielsetzung hoffte er, die nötige Transparenz für Drittinvestoren zu schaffen. Tatsache ist, dass sich die Investoren heute gegenüber der Swisscom mit einem politisch orientierten Hauptaktionär noch immer sehr zurückhaltend zeigen.



FDP-Nationalrat Duri Bezzola: «Schauen wir, dass sich die Swisscom im Markt gleich bewegen kann wie die Konkurrenz.» (Bild senn & stahl)

Jahre zu setzen hat, von der wirtschaftlichen Realität überrollt werden könnten. Bereits in der seinerzeitigen Botschaft zum TUG hatte der Bundesrat festgehalten, dass «die mit der kapital- und stimmenmässigen Mehrheit verbundene grosse Einflussmöglichkeit des Bundes zu einer Verunsicherung von Investoren führen kann». Mit der er-

«Service public» hat nichts mit dem TUG zu tun

Auch wenn das Fernmeldewesen gemäss Verfassung Bundessache ist, so bedeutet das keineswegs, dass der Bund dieses Regal in Eigenregie vorzunehmen hat. Er kann den «Service public» auch durch einen konzessionierten Leistungsanbieter ausüben lassen. Und zwar

von dem, der die beste und günstigste Versorgung garantiert. Das kann, muss aber nicht die Swisscom sein. Auch hier soll der Wettbewerb spielen. Es sei auch an dieser Stelle klar festgehalten, dass die Versorgung in allen Landesteilen nicht über das TUG erreicht, sondern einzig über das Fernmeldegesetz und die darauf gestützte Konzession gewährleistet wird. Mit der vollständigen Entlassung der Swisscom in den freien Markt wird somit der «Service public» in keiner Art und Weise angetastet – er bleibt gesetzlich verankert.

Langfristig Arbeitsplätze sichern

Wenn es der Swisscom nicht gelingt, sich rechtzeitig über geeignete Allianzen und Partnerschaften neu zu positionieren, sind längerfristige Arbeitsplätze gefährdet. Es geht also darum, nach der offensichtlich bei der Swisscom noch bevorstehenden zusätzlichen Restrukturierungsrunde möglichst viele Stellen im nach wie vor landesweit präsenten Unternehmen zu erhalten. Mit «heimatschutzartigen» Sonderbestimmungen ist weder dem Land noch der Wirtschaft, noch der betroffenen Unternehmung gedient. Schauen wir besser, dass die Swisscom sich im Markt gleich bewegen kann wie die Konkurrenz. Dann besteht beste Gewähr für Prosperität und Beschäftigung.

Sofortmassnahme: Spezialgesetzliche Artikel kippen

Es ist also an der Zeit, als Sofortmassnahme den spezialgesetzlichen Artikel zur

ZUM THEMA

.....
Tatsache ist, dass sich die Investoren heute gegenüber der Swisscom mit einem politisch orientierten Hauptaktionär noch immer sehr zurückhaltend zeigen.

.....
Mit der vollständigen Entlassung der Swisscom in den freien Markt wird somit der «Service public» in keiner Art und Weise angetastet – er bleibt gesetzlich verankert.

.....
Ordnungspolitisch bleibt also einiges zu tun. Nicht später. Jetzt.

Bundesmehrheit zu kippen und grünes Licht für eine weitere Privatisierung zu erteilen. Das im Sinne einer Minimalforderung. Konsequenterweise wäre im heutigen Zeitpunkt das gesamte regulatorische Umfeld im Sinne einer konsistenten Ordnungspolitik zu hinterfragen. Und das würde heissen, die Swisscom in eine privatrechtliche AG gemäss Art. 620 ff. des Obligationenrechts umzuwandeln. Der Bundesrat ist eingeladen, auch diesen Weg rasch auszuleuchten und alle sich daraus ergebenden Konsequenzen aufzuzeigen. Ordnungspolitisch bleibt also einiges zu tun. Nicht später. Jetzt. ■

KOLUMNE

Zum Wohl, na sdorówje!



Bekanntlich gehören die Russen zu den zurückhaltendsten

Trinkern der Welt, die – wie wir alle wissen – um jede Wodkafflasche einen weiten Bogen schlagen. Diese sprichwörtliche Abstinenz hängt ursächlich damit zusammen, dass die Kommunisten keine Alkoholwerbung zulassen und ihre Nachfahren das Erbe weitgehend respektieren. Sichel und Hammer über dem blauen Kreuz bleiben das Symbol für Volksgesundheit.

Darum liegt es nahe, von den Zaren und Stalinisten zu lernen und die Alkoholwerbung im Europa der freien Marktwirtschaft zu verbieten. An diesem Projekt arbeitet die EU derart

besessen, dass fast zu sagen wäre, sie sei besoffen. Die trunkene Freude breitet sich aus bis hinein ins Bundesamt für Gesundheit. Dort berauscht der Gedanke, Alkohol und Nikotin dem Betäubungsmittelgesetz zu unterstellen, um die Missionsarbeit für russische Tugenden rechtlich solide abzustützen.

Die Erinnerung an den schweizerischen Souverän, der sich vor sieben Jahren mit der deutlichen Ablehnung der «Zwillingsinitiative» für die Bevormundung bedankte, ist verblasst. Umso stärker scheint die Erinnerung an die Prohibition zu sein, die den USA der Zwanziger- und Dreissigerjahre nicht nur einen Coca-Cola-Boom bescherte, sondern vor allem zu einer drasti-

schon Senkung des Schmuggels und überhaupt der Kriminalität führte. Al Capone sank vor Kummer frühzeitig, aber friedlich ins Grab.

Diese beglückende historische Erfahrung ist eine einzige Empfehlung, zunächst die Werbung für Alkohol und Nikotin zu verbieten und dann mit nüchternem Realitätssinn um die Werbeverbote für Koffein, Fett, Zucker und Autos zu ergänzen.

Auf diese sanfte Tour würde schnell das Verlangen popularisiert, das Übel an der Wurzel zu packen und dem Werbeverbot das Produktionsverbot folgen zu lassen. Vom christlichen Garten Eden mit seiner katastrophalen Versuchung sind wir unterwegs zum fundamentalistischen Para-

dies, wo sich unsere tiefe Sehnsucht nach asketischer Herrlichkeit erfüllt. Zum Wohl, na sdorówje!

Oder ist das Gegenteil erstrebenswert, nämlich die freie Fahrt für fettleibige Alkoholiker, die sich am Steuer mit Nikotin und Koffein knapp wachhalten? Und zusammen mit völlig Unschuldigen böse aus dem Sekundenschlaf erwachen? Das will kein auch nur einigermaßen vernünftiger Mensch.

Dass jedoch die Vernunft einzig und allein zu haben sein soll mit staatlichem Rigorismus und bürokratischem Zwang, entspringt einer anderen Art von Unvernunft. Es ist die verblendete Pädagogik engstirniger Moralisten.

Ihr Irrtum besteht darin, die Probleme auf monokau-

sale Faktoren zu reduzieren. Auf Deutsch heisst das Einfalt – oder Gesichtsfeldverengung als Folge dessen, was die Werbeverbote enthemmt bekämpfen: den Alkoholkonsum.

Die Trockenlegung Europas kann kein Ziel sein. Aber weiterhin gilt: Wer trinkt, fährt nicht, wer fährt, trinkt nicht. Doch für die Vorstellung, dass der beste aller Gesetzgeber weder trinkt noch fährt, braucht es einen Schwips.

Alex Bänninger,
Publizist,
Präsident
des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich

Weniger Schulden, weniger Steuern statt blockiertes Volksvermögen

Die FDP fordert den Rückzug des Bundes aus der Swisscom. In einer ersten Phase soll der Bund von der Pflicht zur Mehrheitsbeteiligung entbunden werden. Für die zweite Phase (Umwandlung der Swisscom in eine privatwirtschaftliche AG) fordert die FDP vom Bundesrat einen Bericht. Die Sicherstellung der Grundversorgung ist über das Fernmeldegesetz und das Konzessionsrecht weiterhin zu gewährleisten. Die FDP will die Erlöse aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien vollumfänglich für den Schuldenabbau einsetzen. Damit wird im Bundeshaushalt jährlich wiederkehrender Spielraum für gezielte Steuererleichterungen geschaffen, statt dass Volksvermögen blockiert bleibt.

FDP.– Die FDP fordert den raschen Rückzug des Bundes aus der Swisscom. Bis Mitte 2001 erwartet sie vom Bundesrat eine Vorlage, welche die im Telekommunikationsunternehmensgesetz (TUG) verankerte Pflicht zur Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der Swisscom aufhebt. Gleichzeitig verlangt die FDP, dass

der Erlös aus dem allfälligen Verkauf von Swisscom-Aktien im vollen Umfang der Bundeskasse zugeführt wird. Damit können substanzielle Teile der heutigen Bundesschuld von 102 Milliarden Franken abgebaut werden. Die Zinsausgaben des Bundes werden damit nachhaltig reduziert, was weiteren Spielraum für die

von der FDP längst geforderten Steuererleichterungen schafft.

Die FDP erwartet vom Bundesrat zudem bis Ende 2001 einen Bericht, welcher das Umfeld einer vollständigen Verselbständigung der Swisscom untersucht:

■ Vor-/Nachteile der Umwandlung der Swisscom in eine privatrechtliche AG;

■ konkrete Szenarien/Zeitpläne für die Umsetzung;

■ mögliche Konsequenzen für Konsumenten/Randregionen;

■ allfällige flankierende Massnahmen.

Auch die Erlöse aus diesen weiteren Aktienverkäufen sind vollumfänglich zum Schuldenabbau zu verwenden. In der Sommersession werden entsprechende Vorstösse eingereicht. Der Fernmeldemarkt ist in der Schweiz weitgehend liberalisiert. Der Markt hat sich so weit entwickelt, dass kaum mehr Gründe für direkte staatliche Interventionen bestehen. Die Mehrheitsbeteiligung des Bundes legt der Swisscom heute unnötige Fesseln an, die sie

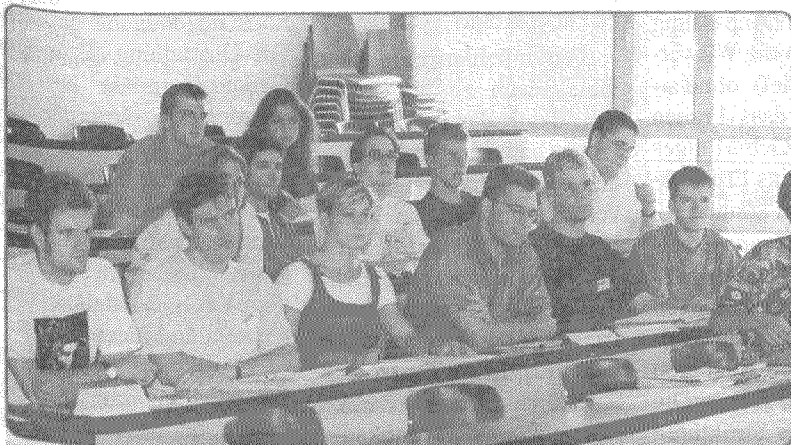
im internationalen Geschäft benachteiligen, ihre Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen und damit mittelfristig Arbeitsplätze gefährden. Die Grundversorgung in allen Landesteilen zu günstigen Konditionen ist über das Fernmeldegesetz und das Konzessionsrecht weiterhin zu gewährleisten.

AUGUST 2000 IN NEUENBURG  Sommeruniversität

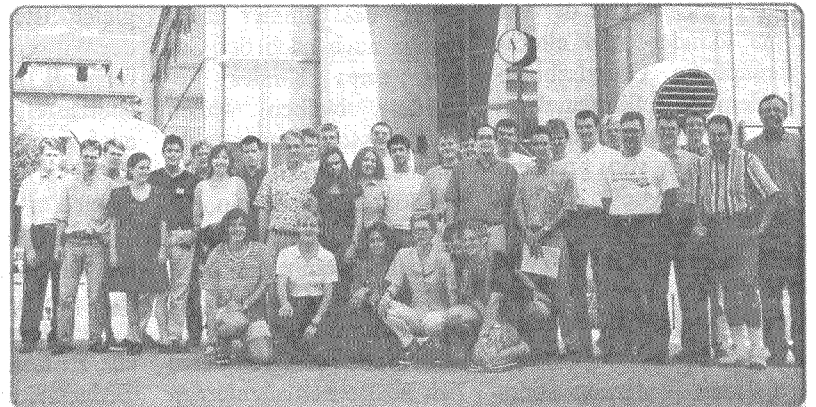
Face to face mit Christiane Langenberger und anderen

Von Montag, 21., bis Freitag, 25. August 2000, findet an der Université de Neuchâtel die 7. Sommeruniversität der FDP Schweiz und der Jungfreisinnigen statt. Das Angebot besteht wiederum aus vielen persönlichen Kontakten mit namhaften Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Medienauftritts-Trainings. Als eigentliche Höhepunkte dür-

fen beispielsweise die Auftritte von Ständerätin und Ex-Bundesratskandidatin Christiane Langenberger oder von Nationalrat Gerold Bührer im Rahmen der Sommeruniversität gelten. Wo hat man sonst schon die Gelegenheit, hochrangigen Politikerinnen und Politikern direkt die Meinung zu sagen?



Intensive Workshop-Arbeit ...



... aber auch die Gelegenheit, andere politisch interessierte junge Menschen kennen zu lernen.

Die Beitrittsdiskussion eröffnen!

Das Komitee «Junge für die bilateralen Verträge» nimmt das Resultat der Abstimmung über die bilateralen Abkommen mit grosser Freude und Befriedigung zur Kenntnis. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich durch die Angstmacherei der Gegnerkampagne nicht einschüchtern lassen. Das Komitee «Junge für die bilateralen Verträge» fordert nun die unverzügliche Eröffnung der Beitrittsdiskussion.

Ein grosser Schritt in Richtung Öffnung der Schweiz ist getan. Mit der Annahme der sieben sektoriellen bilateralen Abkommen hat das Schweizervolk bewiesen, dass es in der Isolation der Schweiz keine

Zukunftsperspektive sieht. Das Komitee der drei Jungparteien Jungfreisinnige, Junge CVP und JUSO sowie der Jugendkommission YES (Young European Swiss) der Neuen Europäischen Bewegung fordert nun die unverzügliche Eröffnung der Diskussion über den EU-Beitritt. Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union ist nicht nur die zentrale aussenpolitische Herausforderung der nächsten Jahre, sondern eine der wichtigsten überhaupt.

Gerade für die jungen Schweizerinnen und Schweizer ist eine rasche Integration der Schweiz in Europa von zentraler Bedeutung. Die EU diskutiert

und entscheidet zurzeit über wichtige Zukunftsfragen wie die Reform der Institutionen, die Erweiterung oder eine gemeinsame Ausser- und Sicherheitspolitik. Diese Entscheidungen betreffen jedes europäische Land, ob Mitglied oder nicht. Deshalb wollen wir Junge die Entstehung des Europas von morgen nicht aus dem Fernsehsessel verfolgen, sondern mitdiskutieren und – vor allem – mitbestimmen können. ■

FDP/JFS-Sommeruniversität

Anmeldeformular

Ich melde mich hiermit **VERBINDLICH** an für die 7. FDP/JFS-Sommeruniversität vom 21. bis zum 25. August 2000, Université de Neuchâtel, Neuchâtel. Die Kosten betragen 250.– (Kost und Logis inbegriffen).

Adressangaben:

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Jahrgang: _____

Sprache: Français Deutsch

Weitere Auskünfte erteilt Euch FDP Schweiz, Herr Stefan Costa, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 20, Fax (031) 320 35 00, costa@fdp.ch

24. JUNI 2000 ◊ Solothurn

Allegro: Tagung «Familien- und Erwerbsleben im Einklang»

An unserer «Ouverture» im Kultur- und Kongresszentrum in Luzern vor einem Jahr – dem Wahlkampfauftakt für die freisinnigen Frauen – haben wir unter anderem eine Petition lanciert, mit der wir eine «kinder- und elternfreundliche Grundschule» fordern. Wir führten darin aus, die Realisierung und der Betrieb von privaten, halbprivaten oder öffentlichen freiwilligen Tages- und Nachmittagskrippen seien von Bund und Kantonen zu unterstützen und steuerlich zu begünstigen.

Diese Forderung stiess auf sehr viel Echo, sehen sich doch die Elternteile (fast) landauf, landab mit den gleichen praktischen Problemen konfrontiert im

Zusammenhang mit Kindergarten- oder Primarschulkindern: die Tagesstrukturen funktionieren nicht oder sind ungenügend.

Nun ist es aber eine Tatsache, dass immer mehr Frauen auch nach der Geburt eines Kindes berufstätig bleiben wollen oder müssen. Immer mehr Männer wollen zudem nicht nur Sonntagspapier sein.

Die Wirtschaft hat diese Tatsache erkannt und auch realisiert, dass es viel zu aufwändig ist, gut ausgebildete Frauen nur für kurze Zeit im Betrieb anzulernen und danach wegen Betreuungsaufgaben wieder zu verlieren. Sie hat aber auch erkannt, dass Frauen und Männer, die nur Teilzeitstellen

einnehmen wollen, trotzdem Karrieremöglichkeiten haben sollen.

Und last, but not least sind wir daran, in den Sozialversicherungen die Frauen den Männern gleichzustellen (Anpassung der Witwen- an die Witwenrente als Beispiel), ohne sicherzustellen, dass Frauen auch nach der Geburt eines Kindes wieder ins Erwerbsleben einsteigen können.

An unserer Tagung wollen wir dieses Problem ausleuchten und zu kreativen Vorschlägen kommen, welche zu finanziell tragbaren Tagesstrukturen führen. Die Ausrichtung der Strukturen soll individuell erfolgen, d.h. den städtischen oder dörflichen Besonderheiten Rechnung tragen, die Pro-

bleme insbesondere für die KMU berücksichtigen und finanziell sowohl für den Staat als auch für die Elternteile verkraftbar sein. Verschiedenste Modelle gibt es schon, andere sind zu entwickeln.

Wir möchten möglichst viele Ideen zusammentragen, damit das Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf freisinnige Art verwirklicht werden kann. Unsere gesellschaftspolitische Vorstellung geht nicht dahin, dass immer mehr Paare auf Kinder verzichten oder sich für ein Einzelkind entscheiden. Unsere klare Vorstellung ist aber, dass jedes Individuum für sich bzw. zusammen mit einem Partner entscheiden kann, wie das Privatleben gestaltet werden soll.

Mit dem neuen Ehegesetz sind die rechtlichen Voraussetzungen für solche partnerschaftliche Absprachen geschaffen. Die praktischen Möglichkeiten sind zurzeit aber noch ungenügend geboten. Die Umstellung all unserer Gedankenansätze hat auf kantonaler, kommunaler, betrieblicher Ebene und durch private Initiative zu erfolgen. Die FDP Schweiz kann zusammen mit den Tagungsteilnehmern nur Ansätze von Modellen entwickeln und Ideen liefern.

In diesem Sinne laden wir Sie herzlich zur Teilnahme an unserer Tagung gemäss beiliegendem Programm ein.



Sorgten an der «Ouverture» vor einem Jahr für Spektakel: Das Saxophontrio Marti/Doran/Wyss von der Jazzschule Luzern...

PROGRAMM

Ab 9 Uhr 30 Kaffee, Tee und musikalischer Auftakt

10 Uhr **Willkommen/Eröffnung durch die Moderatorin Christiane Langenberger, Vizepräsidentin der FDP Schweiz und Ständerätin VD**

Podium: **Franz Steinegger, Parteipräsident**
Die FDP fordert die Schaffung ausreichender Kinderbetreuungsangebote

Marianne Kleiner, Vizepräsidentin der FDP Schweiz und Regierungsrätin AR

Gesellschafts- und sozialpolitische Betrachtungen zur Kinderbetreuung

Ruth Gisi, Landammann SO

Bedürfnisse und Sicht der jüngeren Frauen hinsichtlich Familie und Beruf

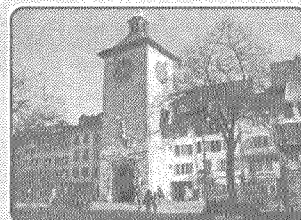
Playback-Theater

Podium:

Helena Trachsel Weibel
«Taten statt Worte» – Beauftragte der Swiss Re, Zürich
Das nützt Kindern, Eltern und Wirtschaft

Giuseppe Buffi, Erziehungsdirektor TI
Wie funktioniert das «Tessiner Modell»?
Was bringt es? Was kostet es?

Andrea Lanfranchi, ehemaliger Leiter des Schulpsychologischen Dienstes, ZH
Auswirkungen der «erweiterten Betreuung» für Kinder
Kurzdiskussion mit den Referentinnen und Referenten



Die Stadtführung wird wohl auch am Bielertor vorbeiführen...

11 Uhr 30

Pause Kaffee, Tee und Gipfeli
Musik
Pinboards für Kommentare und Wünsche der Teilnehmenden

12 Uhr

Playback-Theater

12 Uhr 45

Podium:

«Welche Kinderbetreuung erwarten wir?»
Moderation **Christiane Langenberger**
Teilnehmende:
Lisbeth Kneubühler, KMU Frauenvertretung im Schweiz. Gewerbeverband
Peter Kofmel, Nationalrat, SO
Kathrin Martelli, Stadträtin ZH und Preisträgerin Prix Egalité 2000
Roland Misteli, Präsident der Lehrerinnen und Lehrer Solothurn
Fragen aus und Diskussionen mit dem Publikum

13 Uhr 15

Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz
Ergebnisse und Ausblick; Motion Tagesstrukturen zuhanden der kantonalen FDP-Parlamentarier und -Parlamentarierinnen

13 Uhr 25

Zusammenfassung und Schlusswort von Moderatorin **Christiane Langenberger**

13 Uhr 30

Steh-Lunch im Garten mit Musik

Im Anschluss besteht die Möglichkeit von verschiedenen Besichtigungen wie Sammlung Kunstmuseum, Puppenmuseum, Stadtführung und Palais Besenval (s. Anmeldetalon).
Während der Tagung wird Kinderbetreuung angeboten

Anmeldetalon

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Tel.: _____ Fax: _____

E-Mail-Adresse: _____

Ich nehme teil

zusammen mit _____

nicht teil

Kosten: Fr. 50.– (inkl. Verpflegung / Unterlagen)

Ich melde mich an für

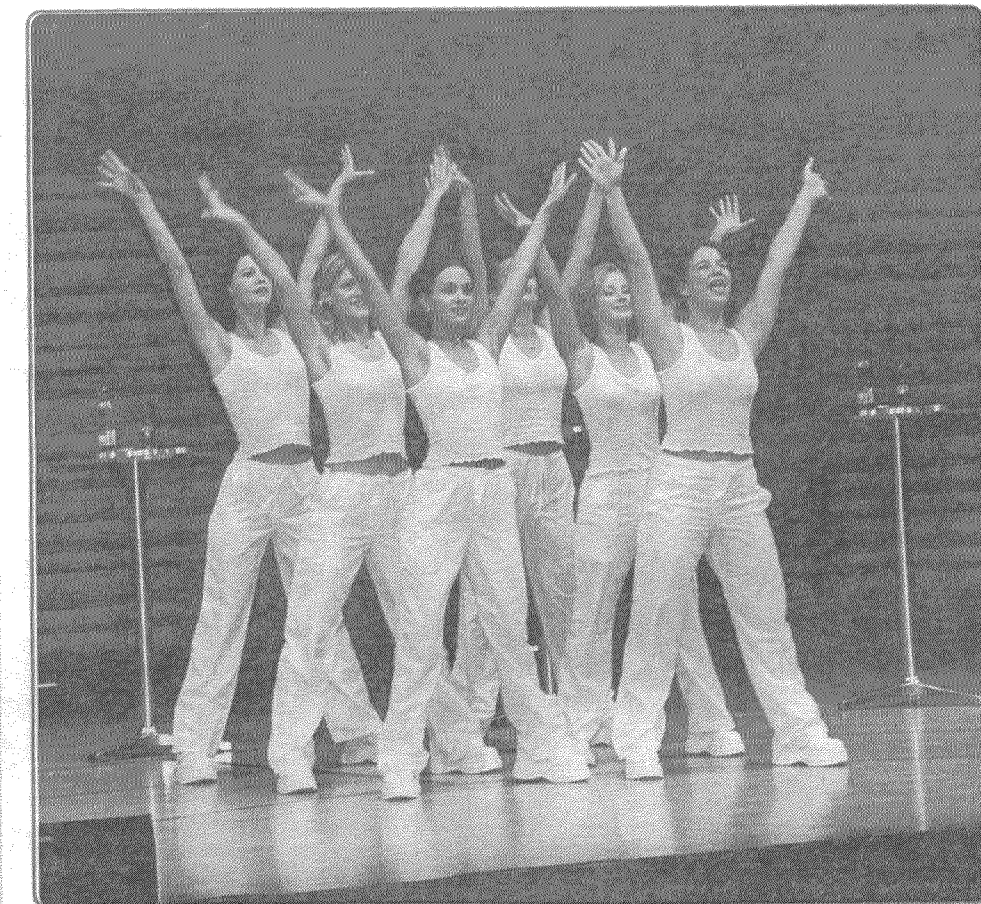
eine Stadtführung (1 Stunde)

den Besuch im **Kunstmuseum** und Ausstellung «Symbolismus und Jugendstil in der schweizerischen Malerei» (geöffnet bis 17 Uhr). Eintritt frei

die Besichtigung des **Puppenmuseums** (geöffnet bis 16 Uhr; Eintritt Franken 5.–)

den Besuch im **Palais Besenval**: Ausstellung «Hermann Hesse: Aussenseiter oder Global Player?» (geöffnet bis 17 Uhr; Eintritt Franken 10.–)

Ich wünsche Kinderbetreuung (bitte Angabe von Alter und Geschlecht)



... und das «Future Dance Team».

(Bilder ruti)

KANTONSPARLAMENT  7 zusätzliche FDP-Parlamentssitze auf Kosten der SVP

Wieder ein Sieg der FDP: Graubünden

Für Bündner Verhältnisse ein Erdbeben: Die Wahlen ins kantonale Parlament brachten grosse Sitzverschiebungen: Die FDP gewann sieben Sitze, die SVP verlor ebenso viele.

Die FDP Schweiz gratuliert der freisinnigen Kantonalpartei Graubünden ganz herzlich zu diesem Superergebnis, das in seinem Ausmass nicht erwartet wurde. Die freisinnige Grossratsdeputation ist auf eine

schon fast historische Grösse gewachsen und stellt neu die zweitgrösste Fraktion.

Dies ist in erster Linie ein Erfolg der Bündner Kantonalpartei und der konsequenten und erfolgreichen politischen Arbeit der Freisinnigen im Grossen Rat. Zum Zweiten ist es ein Erfolg der profilierten und kompetenten Köpfe, die für die FDP ins Rennen gestiegen sind. Und drittens ist es ein Erfolg der bürgerlichen Erneuerung. Was sich in andern kantonalen Wahlen

dieses Frühjahrs bereits abzeichnete, kam in Graubünden besonders stark zum Ausdruck: Es gibt in diesem Land einen bedeutenden Markt für liberale, bürgerliche Politik, die sich nicht an Ressentiments und Missgunst, sondern an der Ver-

nunft orientiert. Es gibt in diesem Land auch einen Markt für gradlinige, konsequente, eben freisinnige Politik. Die Geschlossenheit, welche die FDP bei der Abstimmung vom 12. März ausspielte und die jetzt wieder im Abstimmungskampf

für die bilateralen Verträge zu spüren war, wird auch von aussen wahrgenommen und honoriert.

Nach den Verfassungsratswahlen im Kanton Zürich am 18. Juni wird es Zeit für eine nächste Zwischenbilanz. ■

	1997	2000	+/-
FDP	27	34	+7
SVP	40	33	-7
CVP	38	37	-1
SP	10	13	+3
CSP	3	-	-3
DSP	1	1	-
parteilos	1	2	+1



Prinzip Zukunft
Elektromobile

Mobil sein bedeutet frei sein.
Strom schont die Umwelt
und gibt deiner Freiheit eine
neue Qualität.

SCHWEIZER ELEKTRIZITÄT
Der Draht mit Zukunft

www.strom.ch



AMAG Automobil- und Motoren AG, 5116 Schinznach-Bad



<http://www.audi.ch>

Konservativ.

Progressiv.

Innovativ. Der Audi A6.

quattro®. Für Ihre Sicherheit.

Audi 
Vorsprung durch Technik.



Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Juli 2000 oder nach Vereinbarung zur Besetzung einer Stelle eine

Politische Sekretärin/Juristin

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich mit Fragen in den Bereichen Rechtsfragen / Staatspolitik / Finanz- und Steuerpolitik / Konsumentenpolitik, Gentechnologie.

Ihre Tätigkeit umfasst einerseits die Betreuung der entsprechenden Parteigremien und Kommissionen, das Führen der Ausschussekretariate, das Erstellen von Protokollen, das Verfassen von Arbeitspapieren, Diskussionsgrundlagen, Positionspapieren der Partei sowie die Formulierung der Vernehmlassungsantworten zuhanden der Geschäftsleitung. Andererseits sind Sie mit besonderen Aufgaben betraut wie dem Verfassen von Redetexten, der Entwicklung von Strategiekonzepten und der Informationsbeschaffung. Ihre Aufgabenbereiche verlangen in mancher Hinsicht auch eine enge Zusammenarbeit mit Mitgliedern der FDP-Fraktion der Bundesversammlung.

Wir setzen ein abgeschlossenes Hochschulstudium voraus, eine rasche Auffassungsgabe, die Fähigkeit, in einem Team mitzuarbeiten, und eine überdurchschnittliche Leistungsorientierung. Sie sind deutscher oder französischer Muttersprache, beherrschen aber auch die andere Sprache, interessieren sich für die eidgenössische Politik und sind Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei.

Wenn Sie bereit sind, sich für diese faszinierende und herausfordernde Tätigkeit voll einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an, (031) 320 35 35.

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. November 2000 eine aufgestellte, belastbare

kaufmännische Mitarbeiterin

welche auch in hektischen Zeiten den Kopf nicht verliert. Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und unterstützen den Leiter des Fraktionssekretariates.

Ihre Tätigkeit umfasst in erster Linie die administrative Betreuung der FDP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier der Bundesversammlung, das Organisieren von Anlässen und Sitzungen sowie weitere im Generalsekretariat anfallende Arbeiten. Während der eidgenössischen Sessionen befindet sich Ihr Arbeitsplatz im Bundeshaus.

Wir setzen eine kaufmännische Ausbildung und sehr gute Französischkenntnisse in Wort und Schrift voraus. Sie sind politisch interessiert und bereit, während der Sessionen Überstunden zu leisten, welche selbstverständlich in ruhigeren Zeiten kompensiert werden können.

Wenn Sie sich für diese neue Herausforderung interessieren, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an, (031) 320 35 35.

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Oktober 2000 oder nach Vereinbarung eine(n) politisch interessierte(n), belastbare(n)

Webmaster(in) (50%-Stelle)

welche(r) auch in hektischen Zeiten den Kopf nicht verliert. Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und unterstützen mit Ihrer Tätigkeit unseren Bereich Kommunikation.

Ihre Tätigkeit umfasst in erster Linie die inhaltliche und technische Betreuung der FDP-homepages. Sie stellen die unverzügliche Aktualisierung der homepages sicher, planen neue Instrumente der politischen Kommunikation auf dem Internet und setzen die genehmigten Projekte selbständig um. Dank Ihren eigenen Ideen wird der Internet-Auftritt der FDP professionell und kreativ gestaltet. Sie sorgen dafür, dass die FDP-homepage dem Anspruch der freisinnigen Politik gerecht wird.

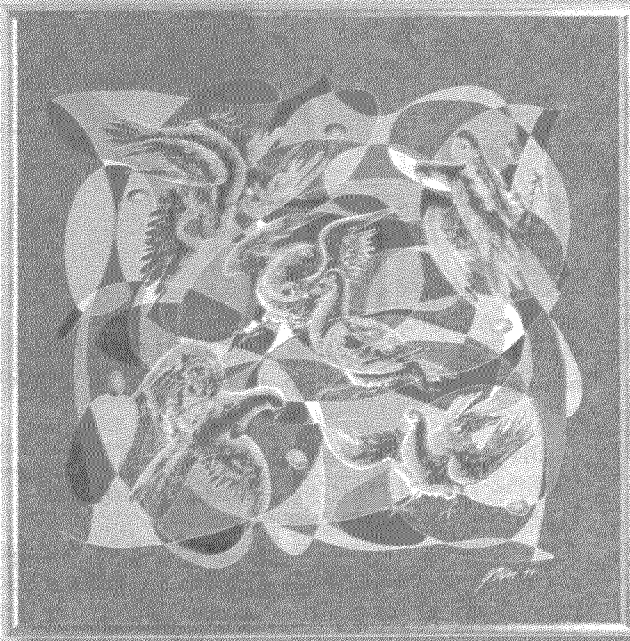
Wir setzen eine entsprechende Ausbildung, beste Deutschkenntnisse sowie gute Französischkenntnisse in Wort und Schrift voraus. Englischkenntnisse sind von Vorteil. Sie sind politisch interessiert und bereit, in Spitzenzeiten Überstunden zu leisten, welche selbstverständlich in ruhigeren Zeiten kompensiert werden können.

Wenn Sie sich für diese neue Herausforderung interessieren, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Guido Schommer, Chef Kommunikation, Postfach 6136, 3001 Bern, (gs@fdp.ch) oder rufen Sie uns an, (031) 320 35 35.

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei
www.fdp.ch

Hans Erni – ein Leben für den Frieden

FDP Leserangebot



Tauben
Handbedrucktes Künstlerfouillard von Hans Erni in reiner Seide, mit Signatur des Künstlers.
Format 87 x 87 cm
FDP-Vorzugspreis Fr. 240.–

In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, ein vollendeter Wandschmuck.
Gerahmt 90 x 90 cm
FDP-Vorzugspreis Fr. 740.–

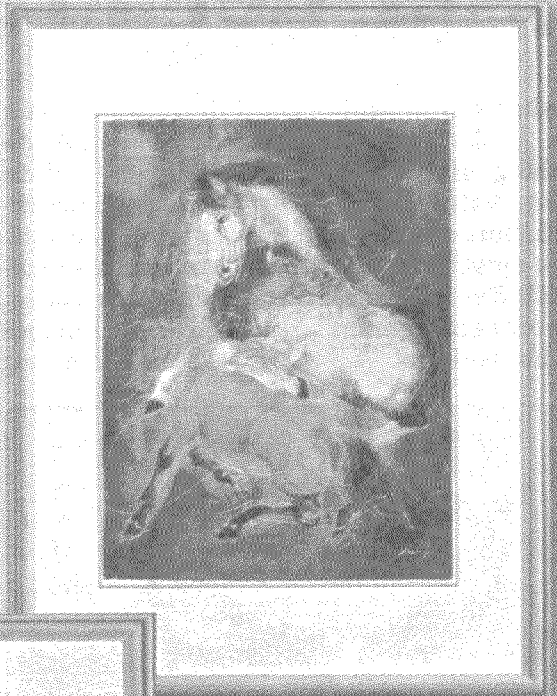


«Ein universeller Friede – das ist auch heute noch meine grosse Sehnsucht. Dafür habe ich gekämpft»

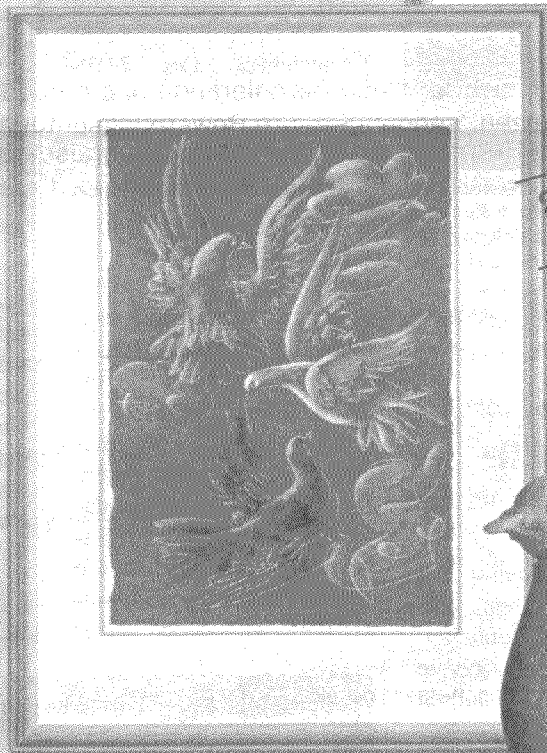
Hans Erni

Pferdespiel

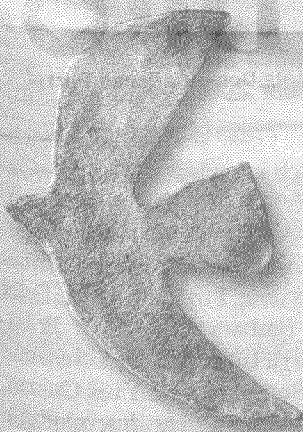
Kunstdruck von Hans Erni mit seinem liebsten Sujet – dem Pferd. In silbernem Modellrahmen mit Schlagmetall veredelt und Schrägschnittpassepartout. Gerahmt 84,3 x 68,9 cm
FDP-Vorzugspreis Fr. 395.–



Friedenstauben →
Wunderschöner Kunstdruck von Hans Erni. In silbernem Modellrahmen mit Schlagmetall veredelt und Schrägschnittpassepartout. Gerahmt 71 x 53,6 cm
FDP-Vorzugspreis Fr. 395.–



**2-er Set-Preis Fr. 720.–
statt Fr. 790.–**



Friedenstaube

Handgearbeitete Brosche aus dem Atelier Cécile & Jeanne Zinn, mit 24 Karat matt vergoldet, mit Sicherheitsverschluss. Nach traditionellen Kunstschmiede-Techniken erstellt, in attraktivem Schmuckbeutel.
Grösse 4,5 x 7 cm
FDP-Vorzugspreis Fr. 128.–



Viele bekannte Persönlichkeiten – unter anderem Madeleine Albright, Lea Rabin und Hillary Clinton tragen diese Tauben-Brosche als ein universelles Symbol für den Frieden.

Colomba romana

Handgearbeitete Terrakotta-Taube nach altem Original. Archäologische Reproduktion aus der hellenistischen Zeit.
Das Original befindet sich im Museo Civico in Centuripe.
Höhe 13,5 cm. Länge 18 cm
FDP-Vorzugspreis Fr. 98.–



Bestellschein mit 14 Tage Rückgaberecht

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

- Hans Erni – Tauben**, Künstlerfouillard aus Seide
 In echt Weissgoldrahmen
- Hans Erni – Pferdespiel**, in silbernem Modellrahmen
- Hans Erni – Friedenstauben**, in silbernem Modellrahmen
 2-er Set, beide Bilder zusammen
- Friedenstaube**, vergoldete Brosche
- Colomba romana**, Terrakotta-Taube

Fr. 240.–
Fr. 740.–
Fr. 395.–
Fr. 395.–
Fr. 720.–
Fr. 128.–
Fr. 98.–

Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir Ihren Kunstkatalog.

Name Vorname

Str./Nr.

PLZ/Ort

Telefon P: Telefon G:

Datum Unterschrift

Einsenden an: «FDP» Artefides, Haldenstrasse 47, CH-6006 Luzern, via
Fax 041-417 20 51 oder Tel.: 041-417 20 50

84 4FDP/6/00 3301

BERN  *Ordentliche GV*

11. AHV-Revision: Opfer der Frauen zu gross

Anlässlich der ordentlichen Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz in Bern haben die Delegierten einstimmig die 11. AHV-Revision in der vorgeschlagenen Form abgelehnt.

Die FDP-Frauen Schweiz sind der Meinung, dass die AHV nach wie vor die grösste soziale Errungenschaft der Schweiz darstellt. Sie zu erhalten ist eine Aufgabe, die nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch staatspolitische Bedeutung

hat. Die FDP-Frauen Schweiz lehnen deshalb alle Pläne ab, die entweder einen Ausbau und damit die Unfinanzierbarkeit oder aber auch die Demontage der AHV beabsichtigen.

Die 11. AHV-Revision, wie sie der Bundesrat vorgeschlagen hat, befriedigt in keiner Weise. Der Auftrag lautete klar, die Finanzierung auf Dauer zu sichern. Dies ist nicht geschehen. Nach wie vor ist die Finanzierung der AHV ungesichert, was einen Grossteil der Bevölkerung zu Recht verunsichert. Die FDP-Frauen Schweiz halten fest, dass mit der 11. AHV-Revision offensichtlich das Versorgerprinzip aufgegeben werden soll, d. h., jede Person – egal ob Mann oder Frau – muss für das Alter selber vorsorgen. Insbesondere sind damit Hausfrauen und Mütter gemeint, die bis anhin durch die Witwenrente im Todesfall des Ehegatten abgesichert waren. Sie sind mit der vorgeschlagenen Regelung darauf angewiesen, lange bevor die Kinder erwachsen sind, wieder ins Erwerbsleben einzu-

steigen. Auf Grund der heutigen Schulsituation ist ihnen dies aber häufig nicht möglich.

Die FDP-Frauen Schweiz lehnen die 11. AHV-Revision in der vorgeschlagenen Form zurzeit ab. Ohne gesicherte Erkenntnisse über die zukünftige Finanzierbarkeit und klare Signale, wie der Wiedereinstieg der Frauen ins Erwerbsleben früher gefördert werden könnte, erschei-



Immer ein gern gesehener Gast bei den FDP-Frauen Schweiz ist Ständerätin Christine Beerli, BE.

nen die Opfer, welche die Frauen in der vorgeschlagenen Revision zu erbringen haben, ungerechtfertigt und nutzlos. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, sofort die notwendigen Abklärungen zu treffen. ■



Vom Thurgau nach Glarus: Brigitte Kaufmann-Arn, verantwortliche Redaktorin der «Freisinn»-Frauenseite, übergibt diese Aufgabe an Andrea Trümpy, Glarus (links). Die Glarnerin freut sich ganz offensichtlich auf ihr neues Amt bei den FDP-Frauen Schweiz. Brigitte Kaufmann-Arn scheidet nach vierjähriger Amtszeit aus dem Vorstand aus, da sie kürzlich als Gemeinderätin und Präsidentin der KMU-Frauen Thurgau gewählt wurde.

Angleichung von Witwen- und Witwerrente

Worum geht es?

Derzeit haben Witwen bei zwei Konstellationen Anspruch auf eine Witwenrente: Entweder sie haben im Zeitpunkt der Verwitwung Kinder, oder sie haben keine Kinder, sind aber älter als 45 Jahre und sind mindestens für Jahre verheiratet gewesen. Witwer haben demgegenüber nur Anspruch auf eine Witwerrente, wenn sie Kinder unter 18 Jahren haben.

Neu soll die Anspruchsberechtigung für eine Witwenrente an jene der Witwerrente angeglichen werden.

Analog zur Witwerrente sollten Witwen nur einen Rentenanspruch haben, solange sie Kinder unter 18 Jahren oder ein erwachsenes behindertes Kind betreuen. Der Rentenanspruch bleibt auch nach dem 18. Geburtstag des Kindes bestehen, wenn die verwitwete Person älter als 50 Jahre ist.

Durch die Angleichung der Witwen- an die Witwerrente sollen 786 Millionen Franken eingespart werden. (Quelle wf)

Termin schon heute reservieren!

Jahrestagung der FDP-Frauen Schweiz am Samstag, 16. September 2000, in Zürich

Alle FDP-Frauen und weitere Gäste sind zu dieser hochinteressanten Tagung herzlich eingeladen. Thema «Gesundheit – zu welchem Preis?» – Möglichkeiten, Grenzen und Ethik der Medizin. Als Referenten konnten gewonnen werden: Dr. theol. Andrea Arz de Falco, Präsidentin Eidg. Ethik-Kommission; Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller, Nationalrat ZH; Barbara Hayoz-Wolf, Präsidentin Verein Krankenkasse Helsana; Dr. med. Susanne Braga, Humangenetikerin, Bern; Dr. med. Yves Guisan, Nationalrat VD; Dr. med. Thomas Cueni, Interpharma, Basel.

Einladungen und weitere Details folgen



Die Zürcherin Rita Bernoulli (links), scheidendes Vorstandsmitglied der FDP-Frauen Schweiz, nimmt Abschied von der Aargauer Delegation.

Abonnieren Sie unseren newsletter auf www.fdp.ch

So werden Sie gleichzeitig mit den
Medien informiert.

deutsch français
www.fdp.ch

willkommen
**Besuchen Sie
unsere neue
homepage!**

bei der Freisinnig-Demokratischen Partei

ou Parti Radical-Démocratique

FDP

PRD

Bitte vormerken:

Nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung am

Samstag, 19. August 2000

im Kanton Waadt. Themen:

Energiesteuervorlagen und Einwanderungsbegrenzung.

Eine detaillierte Einladung erhalten Sie mit dem nächsten «Freisinn».

TERMINE

Juni

- 5.–23. Sommersession (2. Wo: Di–Fr)
- 5. Groupe Latin
- 8. Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz

Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Weil ein Inserat in
78 000 Exemplaren von
«Freisinn FDP Schweiz»
viele interessierte
Leserinnen und Leser
findet.

Und weil Sie sich damit
den attraktiven Markt
unserer Mitglieder
erschliessen.

Wir freuen uns auf Ihre
Präsenz,

Ihre FDP Schweiz

Ich/wir möchten mehr über die Werbemöglich-
keiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen
Anzeigentarif.
- Die Anzeigenverwaltung soll mit mir/uns
Kontakt aufnehmen.

Name/Firma: _____

Zuständig: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden/faxen an:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon (031) 320 35 35, Fax: (031) 320 35 00
E-Mail: gs@fdp.ch

VERSTOPFTE AUTOBAHNEN ◉ *Volksinitiative*

Die Antwort auf unsere Verkehrsmisere heisst Avanti

Mit sensationellen 78,6% Nein-Stimmen haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der «Verkehrshalbierungsinitiative» am 12. März 2000 eine klare Abfuhr erteilt. Die Aufregung rund um diese Initiative hatte auch eine positive Seite: Sie weckte nämlich das Bewusstsein, dass unser Land seine heutigen und künftigen Verkehrsprobleme nicht mit künstlichen Hindernissen, gesetzlichen Schikanen oder gar Fahrverboten verschlimmern darf, sondern mit einer vorausschauenden Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Bedürfnisse der Zukunft lösen muss.

VON FDP-NATIONALRAT
DR. PIERRE TRIPONEZ,*
MURI (BE)

Die am 11. Januar dieses Jahres lancierte Volksinitiative «Avanti für sichere und leistungsfähige Autobahnen» verlangt einen sicheren und leistungsfähigen Strassenverkehr: Sichere Verkehrsverbindungen sollen tragische Unglücksfälle wie beispielsweise jene im Montblanc-Tunnel oder im Tauertunnel möglichst vermeiden; flüssige Verkehrswege sollen Chaos und stundenlange Staus auf neuralgischen Streckenabschnitten beseitigen. Prioritär ist der Ausbau der A 1 zwischen Genf-Lausanne und Bern-Zürich sowie des Strassentunnels durch den Gotthard zwischen Erstfeld-Airolo.

Die richtige Weichenstellung

Dank einem Strassennetz mit einer Gesamtlänge von über 73 000 km und einem Schienennetz von 5000 km verfügt die Schweiz heute über gute Infrastrukturanlagen. Im Hinblick auf die Zukunft gilt es nun, diese zu erhalten, zu erneuern und bedarfsgerecht auszubauen. Ein wichtiger Schritt in

* Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes.



FDP-Nationalrat Pierre Triponez: «Es ist unhaltbar, dass die wichtigste Nord-Süd-Verbindung zwischen Hamburg und Süditalien einzig und allein ausgerechnet in der Mitte zwischen Airolo und Erstfeld ein Nadelöhr bildet.» (Bild senn & stahl)

diese Richtung erfolgt gegenwärtig im Bereich der Schiene mit den Grossprojekten «Bahn 2000» und mit der «Neat-Alpentransversale» mit den Basistun-

nels durch Gotthard und Lötschberg. Bei all diesen Projekten darf aber die leistungsmässig mit Abstand wichtigste Verkehrsinfrastruktur – die Strasse – un-

ter keinen Umständen vernachlässigt werden. Darum braucht es die Avanti-Initiative!

Beseitigung der permanenten Engpässe

Beim Ausbau des Nationalstrassennetzes fordert die Initiative konkret die Beseitigung der notorischen Engpässe auf der A 1 und der A 2 an jenen Stellen, die bereits jetzt regelmässig überlastet sind. Jahrelange Blockaden, wie sie vor mehr als 30 Jahren an der Walenseestrecke an der Tagesordnung waren, müssen – daran werden keine Proteste rütteln – verschwinden. Es ist unhaltbar, dass die wichtigste Nord-Süd-Verbindung zwischen Hamburg und Süditalien einzig und allein ausgerechnet in der Mitte zwischen Airolo und Erstfeld ein Nadelöhr bildet. Unhaltbar ist auch die Situation auf weiten Strecken der A 1.

Die Avanti-Initiative wurde nicht von rücksichtslosen Autofans lanciert, sondern von verantwortungsbewussten Kreisen, welche einen positiven Beitrag zur Lösung unserer heutigen und künftigen Verkehrsbedürfnisse leisten wollen. Sie fordern, dass die Arbeiten zur Beseitigung der schon jetzt allgemein bekannten Engpässe spätestens in 10 Jahren in Angriff genommen sein müssen. Es wird auch dann zumal noch viel Geduld bis zur Fertigstellung brauchen.

Ich empfehle Ihnen, die Avanti-Initiative noch heute zu unterschreiben! ■

ZUM THEMA

Flüssige Verkehrswege sollen Chaos und stundenlange Staus auf neuralgischen Streckenabschnitten beseitigen.

Jahrelange Blockaden, wie sie vor mehr als 30 Jahren an der Walenseestrecke an der Tagesordnung waren, müssen – daran werden keine Proteste rütteln – verschwinden.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH

FÜR DIE REDAKTION:

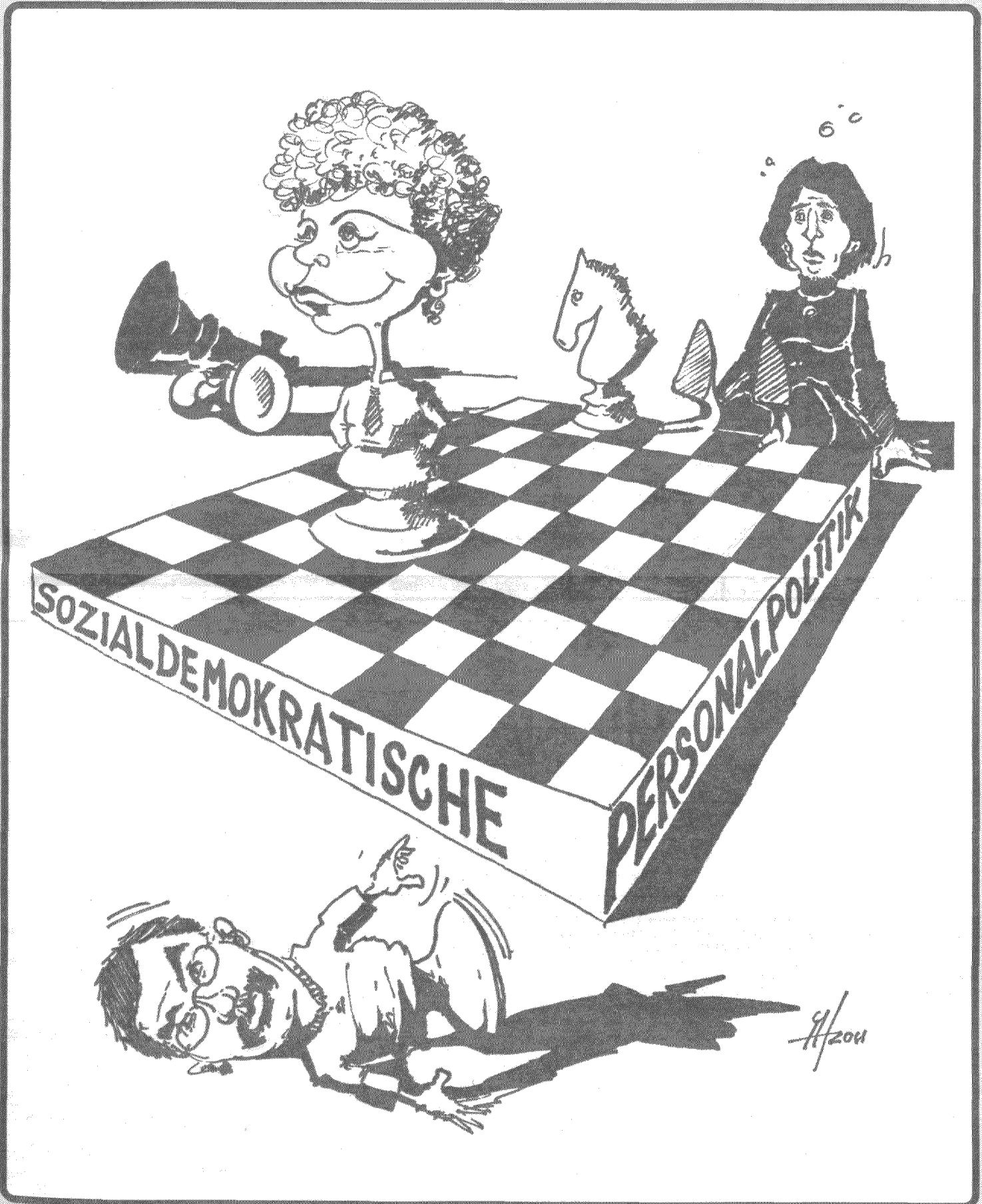
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

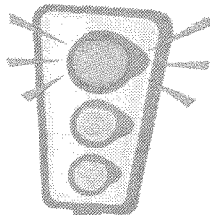
DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–



Karikatur Andreas Töns

Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!



Ausfüllen, in einen Briefumschlag stecken und sofort senden an:
Initiativkomitee «Steuerstopp – Jetzt!», Postfach 6136, 3001 Bern.
Es müssen nicht alle Zeilen ausgefüllt sein.

Eidgenössische Volksinitiative «Steuerstopp» (publiziert im Bundesblatt vom 31. August 1999)

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 134, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die *Übergangsbestimmungen* der Bundesverfassung vom 18. April 1999 werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 1 (neu)

1. *Übergangsbestimmung zu Art. 59 Abs. 3, Art. 85, Art. 86, Art. 106, Art. 112, Art. 114, Art. 116, Art. 130-132 und Art. 196 Ziff. 2, 3, 8 und 14-16 (Steuern und Abgaben)*

- 1 Während sieben Jahren nach Inkrafttreten dieser Bestimmung dürfen bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben und andere Abgaben nur eingeführt oder erhöht werden, wenn im gleichen Umfange bestehende bundesrechtliche Steuern, Sozialabgaben oder andere Abgaben gesenkt werden.
- 2 Wird nach Inkrafttreten dieser Bestimmung der im Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 erreichte Anteil der bundesrechtlichen Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben am Bruttoinlandprodukt überschritten, so treten im zweiten darauf folgenden Jahr folgende Wirkungen ein: Im Umfange je der Hälfte des sich daraus ergebenden überschüssenden Betrages ermässigt sich die direkte Bundessteuer für jeden Steuerpflichtigen um den gleichen Prozentsatz und erhöht sich der Bundesbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Bundesrat legt die entsprechenden Prozentsätze und Beträge fest.
- 3 Die Absätze 1 und 2 gelten weder für Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, noch für die Erhöhung bundesrechtlicher Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben, die zur Kompensation demographisch bedingter Mehraufwendungen bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung unerlässlich ist.
- 4 Die Bestimmung tritt mit der Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen.
Die Angaben müssen handschriftlich und leserlich sein.

Kanton:	Postleitzahl:	Politische Gemeinde:

Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Das *Initiativkomitee*, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:
 Franz Steinerger, Nationalrat, Präsident FDP Schweiz, Höhenstr. 19, 6454 Füllelen; Käthi Bangerter, Nationalrätin, Murtenstr. 4, 3270 Aarberg; Christine Beerli, Ständerätin, Fraktionspräsidentin FDP Schweiz, Höhweg 84, 2502 Biel; Ulrich Bremi, alt Nationalrat, alte Landstr. 48, 8702 Zollikon; Gerold Bühler, Nationalrat, Barterweg 18, 8240 Thayngen; Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP Frauen Schweiz, Ländteweg 5, 3005 Bern; Adriano Cavadini, Nationalrat, Via delle Scuole 16, 6963 Pregassona; Toni Dettling, Nationalrat, Präsident Schweizerischer Hauseigentümerverband, Lärchenweg 16b, 6430 Schwyz; Charles Favre, Regierungsrat, Finanzdirektor VD, Ch. des caves 9, 1040 Echallens; Rolf Hegetschweiler, Nationalrat, Direktor Hauseigentümerverband Zürich, Lanzenstr. 4, 8913 Ottenbach; Michael Huber, Präsident Jungfreisinnige Schweiz, Pourtalèsstr. 93, 3074 Muri; Otto Ineichen, Unternehmer, Frohhügel 5, 6210 Sursee; Riccardo Jagmetti, alt Ständerat, Scheideggstr. 76, 8038 Zürich; Marianne Kleiner, Landammann, Finanzdirektorin AR, Sonnenböhl, 9100 Herisau; Andres F. Leuenberger, Präsident Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort), Mühlestiegrain 48, 4125 Riehen; Johannes Matyassy, Generalsekretär FDP Schweiz, Hühniwaldweg 1, 3073 Gümligen; Erich Müller, Nationalrat, Gotthelfstr. 68, 8472 Seuzach; Fulvio Pelli, Nationalrat, via alle Scuole 18, 6924 Sorengo; Johann Niklaus Schneider-Ammann, Unternehmer, Präsident ASM/VSM, Eisenbahnstr. 25, 4900 Langenthal; Vreni Spoerry, Ständerätin, Claridenstr. 3, 8810 Horgen; Rudolf Steiner, Nationalrat, Präsident Hauseigentümerverband Solothurn, Räckholderstr. 18, 4654 Lostorf; Georg Stucky, Nationalrat, Aberen-Terrasse 2, 6340 Baar; Pierre Triponez, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, Villettengässli 7, 3074 Muri; Karl Tschuppert, Nationalrat, Luegisland, 6218 Ettiswil; Peter Weigelt, Nationalrat, Paradisstr. 3, 9402 Mürschwil.

Ablauf der Sammelfrist: 1. März 2001

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Eidgenössischen Volksinitiative «Steuerstopp» in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort _____

Amtsstempel

Datum _____

Unterschrift _____